

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02.2015 im
Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Dr. Ralf von der Bank
Frau Katja Grassmann
Herr Andreas Igel
Herr Andreas Muschinsky
Herr Matthias Stefke
Herr Dirk Steinhausen

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan
Frau Kirsten Gurske
Herr Holger Lademann
Herr Detlef Gärtner
Herr Karsten Dornquast
Herr Johannes Ferdinand

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.02.2015
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Haushalt
- 6.1 Haushaltssicherungskonzept 2015 5-2204/14-I
Antrag zur Vorlage 5-2204/14-I - Reduzierung der freiwilligen 5-2264/15-KT
Leistungen
- 6.1.1 Leistungen
- 6.2 Haushaltssatzung 2015 5-2205/14-I
Änderungsantrag zur Vorlage 5-2205/14-I - Haushaltssatzung 2015 5-2262/15-KT
- 6.2.1
Antrag zur Vorlage 5-2205/14-I - Erstellung Jahresabschlüsse 2011- 5-2263/15-KT
2014
- 6.2.2
Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion zu Ds Nr. 5-2205/14-I
vom 16.02.2015 - Haushalt 2015
- 6.2.3
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.02.2015
- 6.2.4 Betr. Beschlussvorlage 4-1931/14-KT
- 6.3 Einwendungen der Stadt Zossen zur Haushaltssatzung und zur 5-2272/15-KT/1
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises
Teltow-Fläming 2015
- 6.4 Mindestlohn lt. Mindestlohngesetz (MiLoG) für die 5-2282/15-IV
Beschäftigungsverhältnisse im Arbeitsförderprogramm des Landes
Brandenburg „Arbeit für Brandenburg“
- 6.5 Landeszuweisung zur Finanzierung der 5-2242/15-II/1
Kindertagesbetreuungsangebote
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Sozialplanung des Landkreises Teltow-Fläming - Psychiatrieplanung 5-2090/14-II/1

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Grundstücksangelegenheit - Teilaufhebung eines 5-2271/15-IV
Erbaurechtsvertrages

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Abgeordneten, die Ausschussvorsitzenden, die Bürgermeister und die Mitarbeiter der Verwaltung recht herzlich.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Den anwesenden Ausschussvorsitzenden und Bürgermeistern wird einstimmig das Rederecht zum Tagesordnungspunkt 6 erteilt.

TOP 2 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 3 **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.02.2015**

Die Niederschrift wurde den Ausschussmitgliedern am 13.02.2015 vorab per E-Mail durch den Ausschussvorsitzenden übermittelt. Die Bestätigung erfolgt in der nächsten Sitzung des HFA.

TOP 4 **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Steinhausen möchte wissen, ob vorab durch die Kreisverwaltung per E-Mail versandte Unterlagen immer in der nächsten Ausschusssitzung in Papierform nachgereicht werden, oder ob die Abgeordneten sich diese selbst ausdrucken sollen.

Herr Hohlfeld stimmt dies mit der Verwaltung ab.

Frau Grassmann weist nochmals auf die Angabe des Bearbeitungsstandes in allen Unterlagen hin, Austauschblätter müssen als solche gekennzeichnet sein.

Frau Wehlan informiert, dass laut Vereinbarung die Unterlagen zu den Haushaltsdokumenten zeitnah an alle Abgeordneten weitergeleitet wurden. In Vorbereitung der Ausschüsse und in Vorbereitung des Kreistages sind alle Unterlagen in Papierform zur Verfügung zu stellen.

TOP 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen der Verwaltung gibt es nicht.

TOP 6 **Haushalt**

Herr Hohlfeld informiert, dass die Unterpunkte zum Haushalt in einem Block behandelt werden. Die Abstimmung der einzelnen Vorlagen erfolgt am Ende des Tagesordnungspunktes.

Herr Ferdinand teilt mit, dass sich in der Präsentation zum Haushaltssicherungskonzept seit der letzten Sitzung keine Änderungen ergeben haben.

Eine erneute Präsentation wird seitens der Abgeordneten und der Bürgermeister nicht gewünscht.

Herr Ferdinand ergänzt in seiner bereits bekannter Power-Point Präsentation den Zeitablauf der Überschussentwicklung und die Entwicklung des Gesamtüberschusses im Ergebnisplan 2015. Wie von Herrn Igel in der letzten Sitzung gewünscht, gibt es einen Vergleich Teltow-Flämings mit anderen Landkreisen hinsichtlich der Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (abzüglich des Produktes 312000/Jobcenter) für das Jahr 2015. Weiter werden die Aufwendungen/Erträge der lfd. Verwaltungstätigkeit pro Einwohnern gegenüber gestellt. Der Landkreis Teltow-Fläming befindet sich bei den Aufwendungen auf Rang 5, im Bereich der Erträge belegt der Landkreis den 6. Platz. In der Mittelfristigen Finanzplanung wurden die Zahlen leicht nach unten korrigiert. Mit der zweiten Steuerschätzung ging eine Verminderung der Einnahmen einher. Daraufhin wurde durch die Fachämter kommuniziert, dass einige Förderungen nicht langfristig gegeben sind und auslaufen. Tendenziell ist mit steigenden Aufwendungen zu rechnen. Dies führt dazu, dass der gute Gesamtüberschuss 2015 für die Folgejahre nicht erwartet werden kann.

Frau Schreiber, Bürgermeisterin der Stadt Zossen, ergänzt die Stellungnahme der Stadt Zossen zu den Haushaltsdokumenten. Mit der Beantwortung und dem weiteren Umgang mit der Stellungnahme durch die Kreisverwaltung ist die Stadt Zossen nicht einverstanden.

Der erhöhte Überschuss resultiert aus höheren Einnahmen, jedoch nicht aus reduzierten Ausgaben.

Eine Aufschlüsselung der pflichtigen und freiwilligen Leistungen muss erfolgen. An die freiwilligen Leistungen, die den Kreishaushalt mit Millionen belasten, ist auch in 2015 nicht herangegangen worden. Der Personalabbau, welcher in vergangenen Haushaltssicherungskonzepten beschlossen wurde, wird nicht eingehalten.

Die Gliederung des Haushaltes ist nach Ansicht der Stadt Zossen unübersichtlich. Zu Struktur und Aufbau wurden Überarbeitungswünsche abgegeben.

Der Vergleich hinsichtlich der Kreisumlage sollte mit ähnlich strukturierten Landkreisen wie LDS oder PM geschehen. Dort liegt die Kreisumlage bei 43 % bis 44 %.

Die ergänzende Stellungnahme mit Stand 16.02.2015 übergibt Frau Schreiber der Landrätin. Diese wird per E-Mail am nächsten Tag rundgesandt.

Herr Igel dankt Frau Schreiber für die ausführliche Stellungnahme. Diese enthält Punkte, die nicht unbedingt für den Haushalt 2015 umsetzbar sind, aber als Anregungen für zukünftige Haushaltserarbeitungen dienen können. Zum Thema Ausgabenkritik bemerkt er, dass Einnahmeausfälle aktuell durch Eigeninitiative des Landkreises kompensiert wurden.

Er weist in diesem Zusammenhang auf den Antrag zur Aufgabenkritik hin, der in der heutigen Sitzung abgestimmt wird. Nach erfolgter Aufgabenkritik ist der Landkreis in der Lage, dass was die Stadt Zossen anregt auch zu steuern und zu beeinflussen. In einem Jahr kann über Ergebnisse gesprochen werden.

Frau Schreiber hat seit 8 Jahren Stellungnahmen zum Kreishaushalt abgegeben, passiert ist ihrer Meinung nach die ganze Zeit nichts. Nach dem Wechsel der Verwaltungsspitze im Landkreis gab es konstruktive Gespräche zum Haushalt, aus ihrer Sicht ist es anschließend aber nicht so vorangegangen wie gewünscht.

Frau Wehlan bedankt sich bei den anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als auch beim Kämmerer von Trebbin für die sachliche und konstruktive Zusammenarbeit.

Auf viele Sachverhalte der Stellungnahme der Stadt Zossen ist bei Überarbeitung der Haushaltsdokumente eingegangen worden.

Sie bedauert, dass Frau Schreiber an der zweiten Bürgermeisterberatung, in der das Haushaltssicherungskonzept in Tiefe behandelt wurde, nicht teilnehmen konnte. In Hinblick auf die Stellenplanentwicklung gibt es aktuell eine überörtliche Prüfung mit konkreten Ergebnissen insbesondere zum Servicebereich der Kreisverwaltung, als auch der allgemeinen Ermittlung wie viele Bedienstete auf 10.000 Einwohner entfallen. Der Landkreis befindet sich auf Rang 5 von 14 Landkreisen.

Bei der Haushaltskonsolidierung ist nicht nur die Aufwandsseite zu betrachten, es muss auch eine regelmäßige Prüfung der Ertragsquellen stattfinden. Dies ist eine Auflage des Ministeriums.

Mit der Haushalts sicherungskonzeption 2014 wurde das Ziel zur Reduzierung von 80 Stellen vermittelt.

Bei der konkreten Analyse in Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes hat sich dies als nicht umsetzbar erwiesen. In der Kreisverwaltung wurde vor einigen Jahren ein Arbeitszeitmodell eingeführt, welches reduzierte Stunden und dementsprechend weniger Kosten beinhaltet. Dies fordert von der Verwaltung summiert 45 Stellen. Bestehende Überlastungsanzeigen, Arbeitsverdichtung etc. sind Sachverhalte, die in Hinblick auf das betriebliche Gesundheitsmanagement zu beachten sind.

Bei den freiwilligen Aufgaben werden aufgrund von alternativen Finanzierungsquellen über 170.000 € nicht mehr über Haushaltsmittel zu leisten sein.

Herr Muschinsky dankt der Stadt Zossen für die umfangreiche Stellungnahme. Nur Stelleneinsparungen führen nicht automatisch zu einer Kostenreduzierung, wichtig ist die Betrachtung der Gesamtpersonalkosten. Diese sollten dauerhaft konstant bleiben, bzw. besser sinken. Die Personalkosten sollten 20 % des Gesamthaushaltes nicht überschreiten.

Herr Stefke bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei der Stadt Zossen. Die Situation erfordert es, dass solche Hinweise ernstgenommen, geprüft und ggf. aufgegriffen werden sollten.

Herr Akuloff dankt der Stadt Zossen für die wiederholte aktive Mitwirkung am Haushalt 2015. Den Ausführungen von Frau Schreiber setzt er entgegen, dass es deutliche Veränderungen in der Verwaltung

gibt. Er betont, dass der Abbau der Altfehlbestände die Entwicklungs- und Leistungsfähigkeit des Kreises am meisten beeinflusst.

Die Kreistagsbeschlüsse zum Personalentwicklungskonzept und zum Leitbild des Landkreises, das vorliegende empfehlende PWC-Gutachten, als auch die Einsparungen der letzten Monaten beim Kassenkredit, lassen die Bemühungen der Verwaltung erkennen. Die Aufgabenkritik findet statt und lässt sich den Ausführungen zu den einzelnen Produkten entnehmen.

Herr Steinhausen verdeutlicht, dass für die Sünden der Vergangenheit gebüßt wird. Diese lassen sich nicht in ein oder zwei Jahren bereinigen, sondern werden den Kreis noch eine Weile begleiten. Die Auseinandersetzung des HFA mit den einzelnen Dezernaten ist geplant. Die Kosten- und Leistungsrechnung muss begonnen werden - ihm würden Kennzahlen vorerst schon genügen. Eine stärkere Benchmark-Orientierung wäre wünschenswert.

Frau von Schrötter spricht die Regelung hinsichtlich der Zuordnung des Denkmalschutzes an. Dieser sollte in einem anderen Ausschuss angesiedelt werden, ist jedoch immer noch im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. Was sind die Gründe für die Erhöhung der Denkmalförderung von 10.000 Euro auf 50.000 Euro? Sie weist darauf hin, dass es keine gültige Richtlinie zum Umgang mit den Mitteln gibt. Ist diese Richtlinie auf den Weg gebracht? Wieso wird nicht mit MBS-Ausschüttungsmitteln finanziert? Im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport ist keine Beschlussempfehlung abgegeben worden, da noch nicht alle Fraktionen abschließend beraten hatten.

Herr Igel plädiert dafür, das Konto bis zur endgültigen Erarbeitung der Richtlinie zu sperren.

Frau Wehlan sichert die Beantwortung der Fragen in der Kreistagssitzung am 23.02.2015 zu, da die Verwaltung von diesen erst am heutigen Tag Kenntnis erlangt hat. Weiter liegen der Verwaltung Anfragen vor, wie mit dem Teltow-Fläming Preis und dem Denkmalschutzpreis weiter umgegangen werden soll.

Frau Böttcher informiert über die einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales an den Kreistag zur Annahme der Haushaltsdokumente.

Herr Barthel teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft den Haushaltsdokumenten einstimmig Zustimmung erteilt hat.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt den Haushaltsentwurf bei einer Enthaltung einstimmig dem Kreistag zur Annahme, so Frau Hartfelder.

Herr Jansen teilt mit, dass sich der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauleitplanung einstimmig für die Annahme der Haushaltsdokumente ausgesprochen hat.

Die Abstimmungsergebnisse des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt zu den Haushaltsdokumenten werden bis zur Kreistagssitzung am 23.02.2015 nachgereicht.

Herr Baumecker teilt mit, dass es im Rechnungsprüfungsausschuss keine Meinungen gab, die zu einer Nichtbefürwortung des Haushaltes 2015 führen würden.

Herr Igel weist auf die aktualisierten Anträge der SPD-Fraktion 5-2262/15-KT und 5-2263/15-KT zum Haushalt 2015 mit Stand 16.02.2015 hin, die als Tischvorlage ausgereicht wurden. Er betont, dass der Antrag 5-2264/15-KT zur Reduzierung der freiwilligen Leistungen weiter Bestand hat, unabhängig vom Vorschlag von Herrn Steinhausen, sich die Dezernate in Hinblick auf die Aufgabenkritik im Rahmen des HFA einzeln vorzunehmen.

Herr Akuloff benennt als Kriterien für die Behandlung des Antrages den Zeitaufwand, den Arbeitsaufwand für die Verwaltung und die Zeitschiene der Umsetzung.

Herr Stefke drängt auf die zeitnahe Umsetzung. Mit Arbeitsaufträgen sollte jedoch in Hinblick auf die Personalsituation in der Verwaltung sorgfältig umgegangen werden.

Frau Wehlan erläutert, dass mit dem Personalentwicklungskonzept die Erstellung des Aufgabengliederungsplans bis 2017 bereits beschlossen wurde. Es ist ein erklärtes Ziel den

Diskussionsprozess innerhalb der Verwaltung bis Mitte 2016 abzuschließen. Weitere Prüfaufträge, die Strukturveränderungen in der Verwaltung umfassen, sind bis 2017 abzuarbeiten. Die Verwaltung war der Auffassung, dass der HFA sich in Vorbereitung auf die Haushaltsdiskussion 2016 mit jedem Dezernat einzeln hinsichtlich der Aufgabenkritik auseinandersetzen wollte. Als Arbeitsgrundlage hat die Verwaltung daraufhin den HFA-Mitgliedern den aktuellen Stand des Aufgabengliederungsplans als Arbeitspapier zur Verfügung gestellt. Die Landrätin wird nun allen Abgeordneten dieses Arbeitspapier in Form einer Informationsvorlage vorlegen.

Herr Steinhausen weist darauf hin, dass sich in den Produktblättern auch die Rechtsgrundlagen befinden. Der Einstieg in eine Aufgabenkritik sollte nicht erst bei der nächsten Haushaltserstellung erfolgen. Beratungen mit den einzelnen Dezernaten müssen in absehbarer Zeit geführt werden. Dann ist jedoch der Antrag der SPD-Fraktion 5-2264/15-KT nicht notwendig.

Frau von Schrötter hält die Betrachtung eines einzelnen Amtes aus rein haushalterischer Sicht für falsch. Es gibt viele fachliche Fragen, die sich nicht allein an Zahlen deutlich machen. Der HFA sollte sich für diese Aufgabe genügend Zeit nehmen und Sorge tragen, dass die Fachausschüsse, welche sich inhaltlich mit der Thematik beschäftigt haben, angehört werden.

Herr Stefke unterstützt die Verfahrensweise nach der nach Anhörung der Dezernate im HFA eine Empfehlung an die Fachausschüsse abgegeben wird. Diese haben dann die Möglichkeit dazu ihre fachliche Meinung abzugeben. In der nächsten HFA-Sitzung liegt dann die Rückmeldung vor, welche Empfehlungen umsetzbar sind.

Herr Muschinsky stellt den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu Ds Nr. 5-2205/14-I zum Haushalt 2015 mit Stand 16.02.2015 und den Antrag zur Flüchtlingsproblematik im Landkreis mit Stand 13.02.2015 vor.

Herr Hohlfeld verlässt die Sitzung und überträgt die Leitung Herrn Akuloff.

Frau Wehlan erinnert, dass lt. Geschäftsordnung jeder haushaltsrelevante Antrag im HFA behandelt werden muss. Aus diesem Grund befindet sich der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.02.2015 zur Flüchtlingsproblematik in heutiger Diskussion. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe setzt sich mit der Thematik Integrationskonzept und Willkommenskultur auseinander. Unlängst wurde beschlossen die Sportförderung mit dem Schwerpunkt Seniorensport zu versehen. Der Fachbereich gab den Hinweis, dies um den Integrationsgedanken zu erweitern. So könnten anstatt eigener Haushaltsmittel Zuschüsse als Finanzierung genutzt werden.

Herr Akuloff überträgt die Leitung der Sitzung wieder dem Ausschussvorsitzenden.

Frau Grassmann sieht keine Relevanz dieses Antrags in Zusammenhang mit Verabschiedung der Haushaltsdokumente.

Frau Wehlan informiert, dass für 2015 und für 2016 700.000 € Sonderzuführungen vom Bund avisiert sind. Über eine Formulierung im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) werden diese Mittel in Umsetzung gebracht. Dort werden allgemein alle Sachverhalte angesprochen und die Mittel können für verschiedenste Projekte eingesetzt werden. Es wird vorgeschlagen die haushalterischen Sachverhalte vom eigentlichen Anliegen, dem Integrationskonzept, zu trennen.

Herr Muschinsky erläutert, dass mit der angesetzten Summe mindestens 30 Projekte finanziert werden können. Wenn eine vorhandene Ausgabeposition um die hier benannten außerplanmäßigen Mittel erweitert werden kann, wird der Punkt 4 des Antrages gestrichen. Die Punkte 1 bis 3 des Antrages sollen gesondert abgestimmt werden.

Herr Dornquast weist auf bereits bestehende Projekte mit Integrationshintergrund hin. Vor einer finanziellen Festschreibung sollten die zu fördernden Projekte/Vereine feststehen. Es ist denkbar, dass zuerst die Förderung einer Grundsportausstattung notwendig wird. Als Deckungsquelle könnten Mittel aus der MBS-Ausschüttung verwendet werden. Im nächsten Bildungsausschuss wird der neue Förderschwerpunkt Integration behandelt und eine entsprechende Kreistagsvorlage für April vorbereitet.

TOP 6.1 **Haushaltssicherungskonzept 2015**

(5-2204/14-I)

Die Vorlage 5-2204/14-I wird dem Kreistag bei einer Enthaltung einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 6.1.1

Antrag zur Vorlage 5-2204/14-I - Reduzierung der freiwilligen Leistungen (5-2264/15-KT)

Der Antrag 5-2264/15-KT wird bei 3 Befürwortungen und 6 Gegenstimmen dem Kreistag nicht zur Annahme empfohlen.

TOP 6.2

Haushaltssatzung 2015 (5-2205/14-I)

Die Vorlage 5-2205/14-I wird dem Kreistag in der geänderten Fassung mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 6.2.1

Änderungsantrag zur Vorlage 5-2205/14-I - Haushaltssatzung 2015 (5-2262/15-KT)

Der Änderungsantrag 5-2262/15-KT wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 6.2.2

Antrag zur Vorlage 5-2205/14-I - Erstellung Jahresabschlüsse 2011-2014 (5-2263/15-KT)

Der Änderungsantrag 5-2263/15-KT wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 6.2.3

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.02.2015 Betr. Beschlussvorlage 4-1931/14-KT

Der Punkt 4 des Antrages wird durch die CDU-Kreistagsfraktion aus dem Antrag gestrichen. Die verbleibenden 3 Punkte des Antrages werden einzeln abgestimmt.

Punkt 1.:

Der Punkt 1 des Antrages 4-1931/14-KT wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Punkt 2.:

Der Punkt 2 des Antrages 4-1931/14-KT wird dem Kreistag mehrheitlich nicht zur Annahme empfohlen.

Punkt 3.:

Der Punkt 3 des Antrages 4-1931/14-KT wird dem Kreistag mehrheitlich nicht zur Annahme empfohlen.

TOP 6.2.4

Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion zu Ds Nr. 5-2205/14-I vom 16.02.2015 Haushalt 2015

Der Änderungsantrag zu Ds 5-2205/14-I vom 16.02.2015 wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 6.3

Einwendungen der Stadt Zossen zur Haushaltssatzung und zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming 2015 (5-2272/15-KT/1)

Die Vorlage 5-2272/15-KT wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen

TOP 6.4

Mindestlohn lt. Mindestlohngesetz (MiLoG) für die Beschäftigungsverhältnisse im Arbeitsförderprogramm des Landes Brandenburg „Arbeit für Brandenburg“

(5-2282/15-IV)

Die Vorlage 5-2282/15-IV wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 6.5

Landeszuweisung zur Finanzierung der Kindertagesbetreuungsangebote

(5-2242/15-II/1)

Frau Wehlan weist darauf hin, dass bei Übersendung der Vorlage die Anlagen fehlten. Bei der fachlichen Debatte lagen diese vor. Diese Vorlage entstand aufgrund einer Kritik aus der Bürgermeisterberatung. Es soll sich nicht nur in kleinen Runden im Rahmen des Landkreistages mit der Auskömmlichkeit der Kita-Finanzierung beschäftigt werden, sondern auch in öffentlich wahrnehmbaren Positionsbildungen.

Die Vorlage 5-2242/15-II/1 wird dem Kreistag mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

TOP 7

Beschlussvorlagen

TOP 7.1

Sozialplanung des Landkreises Teltow-Fläming – Psychiatrieplanung (5-2090/14-II/1)

Frau Gurske informiert, dass nach Kritik im HFA die Vorlage überarbeitet wurde. Die einzelnen Produkte aus denen die kreislichen Leistungen im Rahmen des Psychiatrieplans zu erbringen sind, wurden mit den einzelnen Positionen untersetzt.

Die Vorlage 5-2090/14-II/1 wird dem Kreistag einstimmig zur Annahme empfohlen.

Nichtöffentlicher Teil

Herr Dr. von der Bank fragt zum Teilhaushalt 111010/ Büro der Landrätin, weshalb die Personalaufwendungen im Jahr 2010 ca. 1 Mio. € betragen, Versorgungsaufwendungen gab es nicht. In 2015 und den Folgejahren liegen diese bei Ø 1,6 Mio. €, dazu kommen 300.000 € Versorgungsaufwendungen. Wie erklärt sich diese Verdoppelung gegenüber 2010?

Frau Wehlan sichert die Beantwortung der Anfrage nach Prüfung des Sachverhaltes zu.

TOP 8

Grundstücksangelegenheit - Teilaufhebung eines Erbbaurechtsvertrages

(5-2271/15-IV)

Herr Mieles informiert über die Errichtung einer neuen Rettungswache am Standort des Krankenhauses in Ludwigsfelde. Dafür wird das Teilgrundstück benötigt, für welches momentan das Nutzungsrecht beim Krankenhaus liegt. Die Finanzierung ist durch einen Kommunalkredit gesichert, den das Ministerium des Innern und für Kommunales bereits genehmigt hat.

Die Vorlage 5-2271/15-IV wird dem Kreistag einstimmig zur Annahme empfohlen.

Luckenwalde, 15.04.2015

gez.

Hohlfeld
Der Vorsitzende

gez.

Kozák
Protokollantin